

STIMMT DAS?

6 Mythen zu europäischen
Berichts- und
Sorgfaltspflichten –



und warum sie nicht
stimmen



STIMMT DAS?

WENIGER REGELN - GLEICHE AMBITION?

WENIGER REGELN - MEHR WETTBEWERBSVORTEILE?

WENIGER REGELN - WENIGER KOSTEN?

WENIGER PFLICHTEN - MEHR TRANSFORMATION?

KEINE BERICHTSPFLICHT - ENTLASTUNG FÜR KMU?

WENIGER REGELN IST WAS ALLE WOLLEN?



MYTHOS 1:



WENIGER REGELN - GLEICHE AMBITION?

Einfachere EU-Nachhaltigkeitsregeln **bauen Bürokratie ab** und bringen die Wirtschaft wieder zum Laufen. Die Nachhaltigkeitsziele des Green Deal bleiben trotzdem erreichbar.

FAKT:

Was nach Vereinfachung klingt, wird zur **Deregulierung** genutzt.

FAKT:

Beispiel Nachhaltigkeitsberichte:

Anstatt nur die Umsetzung für Unternehmen zu vereinfachen und zu standardisieren, werden Grundprinzipien infrage gestellt. Mehr als 80% der Unternehmen könnten so aus der Berichtspflicht fallen [1]. Das schadet vor allem der Wirksamkeit der Regulierung:

1. **Weniger Daten** heißt **weniger Vergleichbarkeit**. Das kritisieren sowohl Investoren [2] als auch die EZB [3]. Die Lenkung von Kapital in nachhaltige Geschäftsmodelle wird somit erschwert.
2. Weniger berichtspflichtige Unternehmen bedeutet auch: Unternehmen wird ein **wichtiger Anreiz genommen**, sich systematisch mit ihren **Nachhaltigkeitsrisiken** und -**auswirkungen** zu beschäftigen und ihre Transformation voranzutreiben.



Fazit: Vereinfachte Umsetzung kann helfen – Deregulierung hingegen schwächt die Wirksamkeit der EU-Strategie für ein nachhaltiges Wirtschafts- und Finanzsystem und erschwert das Erreichen der Ziele des Green Deals.

MYTHOS 2:



**WENIGER REGELN - MEHR
WETTBEWERBSVORTEILE?**

Die **vielen Regeln** und Berichtspflichten schaden der **Wettbewerbsfähigkeit** europäischer Unternehmen.

FAKT:

Schwache oder uneinheitliche Regeln verursachen **Rechtsunsicherheit**, **Greenwashing-Risiken** und **Wettbewerbsverzerrung**. Das schafft unnötige Kosten für Unternehmen und die gesamte Wirtschaft.

FAKT:

Berichterstattung nach klaren Standards **stärkt die Wettbewerbsfähigkeit** von Unternehmen, denn:

- Wer regelmäßig belastbare Nachhaltigkeitsdaten erhebt, schafft die **Grundlage für strategische Entscheidungen**.
- Wer die eigenen Nachhaltigkeitsrisiken kennt und managt, **vermeidet Kosten und erhöht die Resilienz** [4].
- Wer seine Nachhaltigkeitsleistung systematisch analysiert, deckt **Chancen zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung** auf.
- Wer aufzeigen kann, mit welchen Maßnahmen das Geschäftsmodell zukunftsfähig bleibt, stärkt das Vertrauen und sichert sich frühzeitig den Zugang zu **Finanzierung und neuen Märkten**.



Fazit: Ambitionierte Standards bei der Berichterstattung stärken die Wettbewerbsfähigkeit und verschaffen europäischen Unternehmen einen strategischen Vorsprung.

MYTHOS 3:



WENIGER PFLICHTEN - WENIGER KOSTEN?

Berichts- und Sorgfaltspflichten sind teuer und überbordend bürokratisch.

FAKT:

Was **tatsächlich** zu erheblichen **Kosten** und Mehraufwand führt:
Fehlende oder **uneinheitliche Standards**.

FAKT:

Unternehmen müssen voneinander abweichende Datenanfragen einzelner Investor*innen oder Kund*innen bedienen. Das ist teuer und ineffizient.

Ein **einheitlicher Standard reduziert Aufwand und Kosten** [5]

Bei der Erfüllung von Berichtspflichten fällt ein Großteil der **Kosten einmalig** für das Aufsetzen neuer Prozesse und Tools an. Danach sinken die jährlichen Kosten [6] während die Unternehmen von **strukturierteren Daten** und besserem **Nachhaltigkeitsmanagement profitieren** [7].

Der **Verzicht auf Nachhaltigkeitsdaten** ist auch **gesamtwirtschaftlich teuer**: Fehlende Transparenz über Nachhaltigkeitsrisiken verursacht langfristig hohe Kosten für den Staat und die Gesellschaft [8].



Fazit: Investitionen in Berichterstattung ermöglichen strategische Weitsicht und damit langfristig Kosteneinsparungen.

MYTHOS 4:



WENIGER PFLICHTEN - MEHR TRANSFORMATION?

Berichts- und Sorgfaltspflichten beanspruchen **Ressourcen**, die Unternehmen sonst für die Umsetzung von **konkreten Maßnahmen** für die Transformation nutzen könnten.

FAKT:

Berichts- und Sorgfaltspflichten sind unverzichtbar, denn sie liefern die Entscheidungsgrundlage für strategische Transformationsmaßnahmen.

FAKT:

Berichts- und Sorgfaltspflichten machen sichtbar:

- wo **Ressourcen verschwendet**,
- **Chancen übersehen**
- **Risiken unterschätzt** werden.

Daraus lassen sich **zielgerichtete Maßnahmen** ableiten - etwa für effizientere Prozesse oder Investitionen in zukunftsähige Produkte und Technologien. Das trägt zur **Wettbewerbsfähigkeit** von Unternehmen bei.

Hinderlich für die Transformation ist dagegen, dass berichtspflichtige börsennotierte Unternehmen 66% ihres Gewinns für Dividenden und Aktienrückkäufe verwenden statt für Innovation. Die Umsetzungskosten der CSDDD betragen außerdem nur etwa 0,13 % der jährlichen Ausschüttungen an Aktionär:innen berichtspflichtiger Unternehmen – ein minimaler Anteil im Vergleich zu ihren Profiten [9].



Fazit: Berichts- und Sorgfaltspflichten sind die zentrale Informationsgrundlage und Maßnahmentreiber der nachhaltigen Transformation

MYTHOS 5:



KEINE BERICHTSPFLICHT - ENTLASTUNG FÜR KMU

Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen werden durch die Ausnahme von den Berichtspflichten entlastet.

FAKT:

Die Ausnahme schafft für die Unternehmen **keine echte Entlastung**, sondern mehr Aufwand an anderer Stelle

FAKT:

Auch wenn vor allem mittelständische Unternehmen formal nicht mehr berichten müssen, bleibt der **Bedarf an Nachhaltigkeitsdaten** bestehen, denn:

- Banken müssen Risiken bewerten
- Geschäftspartner und Investoren fordern Nachweise für nachhaltige Produktionsprozesse.

Ohne einheitliche Standards drohen KMUs **unkoordinierte Einzelanfragen** und nicht standardisierte Fragebögen. Das heißt am Ende: höherer und weniger planbarer Aufwand [10].

Gerade **KMUs profitieren** von standardisierten Berichtspflichten, denn:

- Sie können so ihre Nachhaltigkeitsleistung sichtbar und vergleichbar machen.
- Sie sparen Aufwand, da Daten strukturiert vorliegen und mehrfach nutzbar sind.
- Das verschafft KMUs besseren Zugang zu relevanten Märkten und Finanzierungen [11].



Fazit: Klare Berichtsstandards reduzieren den Aufwand und sichern KMUs Markt- und Finanzierungszugang.

MYTHOS 6:



**WENIGER REGELN IST, WAS
ALLE WOLLEN**

Der **Omnibus**-Prozess ist
demokratisch und **transparent**
und bildet breite **Interessen** von
Wirtschaft und **Gesellschaft** ab.

FAKT:

Der Omnibus-Prozess gilt formal als demokratisch, doch in der Praxis **mangelt** es an **Transparenz** und echter **Beteiligung**:

FAKT:

- Viele Änderungen wurden in **kurzer Zeit und ohne ausreichende öffentliche Konsultation** beschlossen. Einzelinteressen großer Unternehmen und von Industrieverbänden fanden mehr Gehör als die Interessen von Zivilgesellschaft, Umweltverbänden oder KMUs [12].
- Unterdessen haben sich zahlreiche **Unternehmen** und Verbände ausdrücklich **für ambitionierte Sorgfalts- und Berichtspflichten** zum Schutz von Transparenz, Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung ausgesprochen. [13]
- Hinzu kommt: Die EU-Kommission hat - entgegen ihrer eigenen Geschäftsordnung - **keine umfassende Folgenabschätzung** vorgelegt, die die Auswirkungen einer Abschwächung der Pflichten auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft bewertet. Die **EU Ombudsfrau** hat eine **Untersuchung eingeleitet**.[14].



Fazit: Der Omnibus ist ein Paradebeispiel für einen wenig demokratischen, intransparenten und übereilten Prozess, der die Interessen großer Unternehmen begünstigt, und die Bedenken von kleineren Unternehmen, Investoren, Verbraucher:innen und Zivilgesellschaft nicht ausreichend berücksichtigt.

MYTHEN WURDEN ENTLARVT VON:



QUELLEN

- [1] [HTTPS://PAPERS.SSRN.COM/SOL3/PAPERS.CFM?ABSTRACT_ID=5350977](https://PAPERS.SSRN.COM/SOL3/PAPERS.CFM?ABSTRACT_ID=5350977)
- [2] [HTTPS://WWW.EUROSIF.ORG/WP-CONTENT/UPLOADS/2025/06/Joint-Statement-Omnibus.PDF](https://WWW.EUROSIF.ORG/WP-CONTENT/UPLOADS/2025/06/Joint-Statement-Omnibus.PDF)
- [3] [HTTPS://WWW.ECB.EUROPA.EU/PRESS/KEY/DATE/2025/HTML/ECB.SP251001~FF4E3BC6DC.EN.HTML](https://WWW.ECB.EUROPA.EU/PRESS/KEY/DATE/2025/HTML/ECB.SP251001~FF4E3BC6DC.EN.HTML)
- [4] [HTTPS://WWW.MCKINSEY.COM/CAPABILITIES/RISK-AND-RESILIENCE/OUR-INSIGHTS/RESILIENCE-FOR-SUSTAINABLE-INCLUSIVE-GROWTH](https://WWW.MCKINSEY.COM/CAPABILITIES/RISK-AND-RESILIENCE/OUR-INSIGHTS/RESILIENCE-FOR-SUSTAINABLE-INCLUSIVE-GROWTH)
- [5] [HTTPS://EC.EUROPA.EU/TRANSPARENCY/DOCUMENTS-REGISTER/API/FILES/SWD\(2021\)150_0/DE0000000985397?RENDITION=FALSE](https://EC.EUROPA.EU/TRANSPARENCY/DOCUMENTS-REGISTER/API/FILES/SWD(2021)150_0/DE0000000985397?RENDITION=FALSE)
- [6] [HTTPS://CDN.CEPS.EU/WP-CONTENT/UPLOADS/2021/04/EV0220277ENN.EN_.PDF](https://CDN.CEPS.EU/WP-CONTENT/UPLOADS/2021/04/EV0220277ENN.EN_.PDF)
- [7] [HTTPS://WWW.SUSTAINABILITYTRANSFORMATION.ORG/WP-CONTENT/UPLOADS/2025/03/STM25.PDF](https://WWW.SUSTAINABILITYTRANSFORMATION.ORG/WP-CONTENT/UPLOADS/2025/03/STM25.PDF)
- [8] [HTTPS://WWW.BUNDES BANK.DE/EN/PRESS/SPEECHES/FINDING-THE-RIGHT-BALANCE-THE-WAY-FORWARD-FOR-SUSTAINABILITY-DISCLOSURES-960280](https://WWW.BUNDES BANK.DE/EN/PRESS/SPEECHES/FINDING-THE-RIGHT-BALANCE-THE-WAY-FORWARD-FOR-SUSTAINABILITY-DISCLOSURES-960280)
- [9] [HTTPS://WWW.SOMO.NL/CSDDD-COMPANIES-CRY-BURDEN WHILE-PAYING-OUT-BILLIONS-TO-SHAREHOLDERS/](https://WWW.SOMO.NL/CSDDD-COMPANIES-CRY-BURDEN WHILE-PAYING-OUT-BILLIONS-TO-SHAREHOLDERS/)
- [10] [HTTPS://EC.EUROPA.EU/TRANSPARENCY/DOCUMENTS-REGISTER/API/FILES/SWD\(2021\)150_0/DE0000000985397?RENDITION=FALSE](https://EC.EUROPA.EU/TRANSPARENCY/DOCUMENTS-REGISTER/API/FILES/SWD(2021)150_0/DE0000000985397?RENDITION=FALSE)
- [11] [HTTPS://GFK-CFS.DE/MEDIA/CFS_WP_735.PDF](https://GFK-CFS.DE/MEDIA/CFS_WP_735.PDF)
- [12] [HTTPS://WWW.LEXOLOGY.COM/PRO/CONTENT/OIL-GIANTS-AND-BANKS-GET-SEAT-THE-TABLE-PRIVATE-MEETINGS-EU-OMNIBUS](https://WWW.LEXOLOGY.COM/PRO/CONTENT/OIL-GIANTS-AND-BANKS-GET-SEAT-THE-TABLE-PRIVATE-MEETINGS-EU-OMNIBUS)
- [13] [HTTPS://WWW.EUROSIF.ORG/WP-CONTENT/UPLOADS/2025/06/Joint-Statement-Omnibus.PDF](https://WWW.EUROSIF.ORG/WP-CONTENT/UPLOADS/2025/06/Joint-Statement-Omnibus.PDF)
- [14] [HTTPS://WWW.OMBUDSMAN.EUROPA.EU/EN/NEWS-DOCUMENT/EN/205297](https://WWW.OMBUDSMAN.EUROPA.EU/EN/NEWS-DOCUMENT/EN/205297)